

## **Antrag zur Mitgliederversammlung 2026 des Deutschen Mieterbunds Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e.V.: Indexmieten**

Antragsteller: Vorstand Deutscher Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e.V.

### **Antrag**

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Mieterbunds Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e.V. fordert den Deutschen Mieterbund auf, zusätzlich zu den bereits geforderten Änderungen zur Indexmiete die Berechnungsgrundlage vom allgemeinen Verbraucherpreisindex zu einem „bereinigten“ Verbraucherpreisindex ohne Energiekosten zu ändern.

### **Begründung**

Die derzeitige Ausgestaltung der Indexmiete koppelt die Entwicklung der Nettokaltmiete an den allgemeinen Verbraucherpreisindex (VPI). Dieser enthält jedoch auch Energiepreise, deren Entwicklung häufig durch internationale Krisen, geopolitische Konflikte oder staatliche Abgaben beeinflusst wird und weder mit dem Wohnwert noch mit den Kosten der Vermietung in unmittelbarem Zusammenhang steht.

Gerade die Inflationsjahre 2022 und 2023 haben gezeigt, dass außergewöhnliche Preissteigerungen bei Gas, Strom und anderen Energieträgern zu erheblichen Erhöhungen des Verbraucherpreisindex geführt haben. Mieterinnen und Mieter waren hiervon bereits unmittelbar über stark gestiegene Heiz- und Energiekosten betroffen. Gleichzeitig konnten diese Preissteigerungen über die Indexmiete ein zweites Mal auf die Nettokaltmiete durchschlagen.

Dies führt zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Doppelbelastung der Mieterhaushalte. Während die Energiekosten unmittelbar vom Mieter getragen werden, profitieren Vermieter über steigende Nettokaltmieten von Preisentwicklungen, die weder durch Investitionen noch durch eine Verbesserung der Wohnqualität verursacht wurden.

Die Mitgliederversammlung ist daher der Auffassung, dass die Berechnungsgrundlage der Indexmiete künftig auf einen um Energiekosten bereinigten Verbraucherpreisindex umgestellt werden sollte. Ein solcher Index würde die allgemeine Geldwertentwicklung weiterhin angemessen berücksichtigen, gleichzeitig aber krisenbedingte Ausschläge bei den Energiepreisen von der Mietentwicklung entkoppeln und damit zu einer gerechteren Lastenverteilung zwischen Mietern und Vermietern beitragen.